



Presseinformation

Nr. 77/2012 Kiel, 13. Dezember 2012

FDP wiederholt Forderung nach Bürgerentscheid für Kieler Becken und StadtRegionalbahn (SRB)

Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Am 12.12. stellte Bürgermeister Todeskinoim Ratssaal der Stadt Kiel in einer öffentlichen Veranstaltung den Bürgern der Stadt Kiel die Sieger des Architekturwettbewerbes für das Projekt Kleiner-Kiel-Kanal vor. Hierzu erklärt Hubertus Hencke, bürgerliches Mitglied der FDP im Wirtschaftsausschuss:

„Nach der Vorstellung diskutierten anwesende Bürger über das Für und Wider dieses Projektes. Zum wiederholten Male wurde deutlich, wie unterschiedlich Bürger auf dieses Projekt mitten in der Innenstadt, im Herzen der Stadt Kiel, reagieren. Dieses Meinungsbild, das sich auch in den Leserbriefen der Kieler Nachrichten widerspiegelt, offenbart, wie unzufrieden sich die Bürger mit ihnen aufgedrängten Projekten zeigen, die sie möglicherweise mehrheitlich nicht wünschen. Die Gemeindeordnung sieht für solche Fälle das Instrument eines Bürgerentscheids vor.

Sowohl der Bürgermeister als auch die Mehrheitsfraktionen lehnen diesen Entscheid mit Hinweis auf das Werkstattverfahren ab. Im Werkstattverfahren haben die Bürger nicht über das Ja oder Nein eines Kanals diskutiert. Vielmehr sind in dem Werkstattverfahren Ideen gesammelt worden, unter denen eine von vielen auch die Idee war, einen Kiel-Kanal zu schaffen. Ob die nun vorgestellte Beckenlösung überhaupt diesen Ideen entspricht, ist nicht zu erkennen. Das Argument, dass es sich um einen vergleichsweise finanziell geringen Aufwand von nur "11 Millionen" handele, ist zynisch.

Die FDP Kiel hat bereits im Jahr 2008 für die SRB und in diesem Jahr für den Kiel-Kanal einen Bürgerentscheid gefordert. Dieser Entscheid ist von SPD, Bündnis 90 Grünen und SSW abgelehnt worden. Die jetzige Oberbürgermeisterin hat in ihrem Wahlkampf einen Bürgerentscheid zur SRB versprochen.

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90 Grünen und SSW sollten nach Stuttgart 21 erkannt haben, dass es einen veränderten Willen der Bürger gibt mit zu gestalten, wenn große Projekte das Stadtbild entscheidend verändern. Die FDP ruft die Mehrheitsfraktionen auf, diesen geänderten Bürgerwillen Rechnung zu tragen und endlich einem Bürgerentscheidsverfahren für beide Projekte zuzustimmen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer